

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 29. Oktober 1919, Nr. 428

**Entfallender Empfang.** Am nächsten Montag entfällt der Empfang bei Bürgermeister Reumann wegen dessen dienstlicher Verhinderung.

**Kartoffelabgabe.** Von Donnerstag bis Samstag werden im 11. und 12. Bezirke inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 per kg gegen Abtrennung des Buchstabens „R“ der Kartoffelkarte abgegeben.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 29. Oktober 1919, Nr. 429

**Interessengemeinschaft mit der Produktivgenossenschaft der Fleischselcher.** Die Gemeinde Wien steht mit der Produktivgenossenschaft der Wiener Fleischselcher wegen der Schaffung einer Interessengemeinschaft betreffs der Anlagen dieser Genossenschaft in St. Marx in Unterhandlungen. Heute besichtigte nun unter Führung des <sup>der Stadtrat</sup> Vb. Hoserling die Anlagen der Produktivgenossenschaft in St. Marx. An der Besichtigung nahmen auch der Generaldirektor der antilichen Uebernahmsstelle für Vieh und Fleisch Hofrat Stern, Mag. Dir. Dr. Hartl und Mag. Rat Dr. Roskopf teil. Die Vorstandmitglieder Hartl, Rohberger, Klein, Schedl und Schindler, sowie Direktor Schol übernahmen die Führung. Die Anlagen samt Stallungen für rund 3000 Schweine, dann Schlachtungs- und Kühlräume, Solcherei und Würsterei und was eben zu einem solchen Grossbetrieb gehört. Die Anlagen sind, soweit man es bei einer Besichtigung beurteilen konnte, zweckmässig eingerichtet und haben nur den einen Hauptfehler, dass sie jetzt wegen Schweinemangel nicht im Betrieb stehen, was leider nicht so bald wird behoben werden können. Die Teilnehmer der Besichtigung gewannen einen guten Eindruck. Natürlich sind, wenn die Gemeinde Wien in die Interessengemeinschaft eintritt, eine Reihe von notwendigen Reparaturen vorzunehmen, die insbesondere in der Kriegszeit und in der Zeit des Betriebsstillstandes nicht vorgenommen wurden. Auch müssen die Anlagen noch weiter ausgestaltet werden. Stadt- und Gemeinderat werden sich schon in naher Zeit mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

**Erweiterung des Kraftstellwagenbetriebes.** Ab 1. November 1919 werden die städtischen Kraftstellwagen nachstehende Routen befahren: 1.) Schottentor - Stefansplatz - Wallzeile - Pflanzentheater und zurück. 2.) Nordbahnhof - Stefansplatz - Färntnerstrasse - Allegeanne - SSB- und Ostbahnhof und zurück. Die direkte Linie Schottentor - Stefansplatz - Nordbahnhof wird mit denselben Tagen eingestellt. Der Betrieb beginnt um 7 Uhr früh und endet um 2 1/2 Uhr nachts.

**Die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung.** Bgm. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über eine Sitzung, welche gestern unter Teilnahme der Mitglieder der Reparationskommission stattgefunden hat, welche sich mit der Versorgung Österreichs mit Lebensmitteln befasste. Bgm. Reumann teilte mit, dass aus dem Ergebnisse dieser Sitzung die Aussichten besonders der Versorgung Wiens, äusserst ungünstige seien und dass die Hilfe der Entente nicht so unmittelbar bevorstehe, wie es unsere fürchterliche Ernährungslage hätte erwarten und erhoffen lassen. Nach einem Antrage des Bürgermeisters wird sich in den nächsten Tagen das Gemeinderatspräsidium sowie die Stadträte Fohrda und Amalie Seidel zum Staatskanzler begeben und ihm den deprimierenden

Eindruck, den diese Sitzung auf den Gemeinderatsrat hinterlassen hat, mit der Bitte zur Kenntnis bringen, dass er für eine möglichst schnelle Hilfeleistung der Reparationskommission für Wien nötiger Schritte einleiten möge.

**Kohlenbericht.** Bgm. Reumann erstattete in der heutigen Stadtratsitzung neuerlich einen Bericht über die Belieferung Wiens mit Kohle, den zu entnehmen ist, dass entgegen andern lautenden Meldungen eine Besserung der Kohlenversorgung nicht eingetreten ist. So beträgt der Einlauf aus Nordwestböhmen bei den Gaswerken fürdermäßig durchschnittlich 276 Tonnen, das sind 20% der Sollmenge von 1100 Tonnen, bei der Elektrizitätswerken im fürdermäßigen Durchschnitt 183 Tonnen, das sind 20% der Sollmenge und bei Hausbrand, Gewerbe und Industrie nur 284 Tonnen, das sind 11% der Sollmenge von 2500 Tonnen. Vergleicht man diese Einlaufziffern mit denen der Vorwoche, so zeigen sie eine weitere Verschlimmerung. Eine Besserung ist nur im ober-schlesischen Kohleneinlaufe zu verzeichnen. Während nämlich in der Woche vom 12. bis 18. Oktober fürdermäßig durchschnittlich 247 Tonnen einlangten, war der durchschnittliche Tageseinlauf in der Vorwoche 951 Tonnen. An dem Gesamtbilde ändert dies leider nichts. Auch der Einlauf des gestrigen Tages rechtfertigt es nicht, von einer Besserung zu sprechen, denn der Umstand, dass an Montagen die Einlaufziffern gegenüber denen der letzten Tage der Woche höher sind, gibt keinen Anlass zu einem Optimismus. An Sonntagen wird Kohle auf den Bahnhöfen nicht beigelegt und es erscheint daher der Einlauf an Montagen höher, da er die Einlaufsmenge von mehr als 24 Stunden ist. Es ist also trügerisch, in einem solchen Falle von einer Besserung der Situation zu sprechen. Auch bei gleicher Verladung bei den Gruben ist oft in Gründen des Eisenbahnbetriebes, Stauungen etc. die Ursache dafür gegeben, dass die Einlaufziffern verschiedentlich hoch sind.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. Oktober 1919.

Vorsitzender Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und bringt zur Kenntnis, dass die Kellner des Hotel Kaiserhof in Chicago 1780 K als Ueberschuss des Ertrages eines am 6. März 1916 veranstalteten Balles für die Witwen und Waisen gefallener Krieger gespendet haben. Ferner spendete Direktor Rudolf Petzl den neuesten Band der Jahrbücher über den Elementarunterricht in Urquai.

In Beantwortung einer Interpellation des GR. Machat (Tscheche) aus der letzten Sitzung wegen Sperrung der tschechischen Volkabibliothek bringt der Bürgermeister folgenden Bericht des Wohnungsamtes zur Kenntnis: Der fragliche Raum, nach den Lokalerhebungen eine Wohnkloche, deren Benützung als Volkabibliothek bisher nicht bewilligt und auch nicht an-gesucht wurde, ist auf Grund wiederholter Anzeigen mit Bescheid vom 18. Oktober 1919 von Wohnungskommissär des XXI. Bezirkes angefordert worden, da die Erhebungen ergaben, dass der Raum seit ungefähr August 1. J. als Bibliotheksraum benützt wurde. Gegen diese Anforderung wurde seitens des „Svatopluk Goch“ am 22. Oktober 1919 ein fristgerechter Einspruch beim Wohnungskommissär des XXI. Bezirkes eingebracht.

Ueber diesen Einspruch wird in einer der nächsten Mitantsitzungen entschieden und festgestellt werden, ob die Anforderung rechtmässig erfolgt ist.

Wie erhob, sprach bei den beiden Vorsitzenden des Mitantes des XXI. keiner der Funktionäre des „Svatopluk Goch“ vor, sondern wurde lediglich den bei dem Wohnungskommissär für den XXI. Bezirk erscheinenden Vertreter des genannten Vereines angeraten, den in Gemesse vorgezeichneten Einspruch auf jeden Fall einzubringen. Es wurde hierbei weder auf die Zwecklosigkeit eines solchen Einspruches noch auf eine angebliche Evakuierung deutscher Eisenbahnen in der Tschechoslowakei hingewiesen.

Die Anforderung erfolgte ausschließlich infolge wiederholter Anzeigen wohnungsberechtigter Personen und kann nicht weniger behauptet werden, dass ein nationaler Hass hierbei die Hauptrolle gespielt hat, wie auch gleichartige Lokale anderer und zwar deutscher Vereine in gleichen Bezirken besetzt dort wurden. Der in Frage stehende Bibliotheksraum wurde in Folge des Verfahrens nicht gesperrt, sondern - wie in diesem Verfahren gesetzlich vorgeschrieben - lediglich der Wohnungstag bekanntgegeben, und zwar als solcher der 5. November 1919 bestimmt.

Schriftführer GR. Hammerschmid verliest den Einlauf.  
GR. Dr. Schwarz-Miller (Demokrat) interpelliert wegen der jetzt über-handnehmenden Verbreitung demagogischer Schundliteratur.

Bgm. Reumann: Ich kann dem Wunsche des Interpellanten nur insofern Rechnung tragen, als ich die Interpellation samt Beilagen der Pressebehörde übermittle.

GR. Dr. Schwarz-Miller (Demokrat) stellt folgende Interpellation: Durch das rasche Fahren von schweren Automobilfahrzeugen ohne Bereifung wird nicht nur das Ruhebedürfnis der Bewohner unserer Stadt in den verschiedenen Tages- und Nachzeiten in empfindlichster Weise verletzt, sondern auf treiben auch an zahlreicheren Gebäuden schwere Schädigungen in Dunkelstunden ein, welche gerade in der heutigen Zeit von grosser Bedeutung sind, weil Reparaturen nur mit ausserordentlich hohen Kosten oder gar nicht durchzuführen sind.

Bgm. Reumann antwortet: Der § 46 der Automobilverordnung betreffend die Fahrgeschwindigkeit der Kraftwagen ist geschlossenen Ortschaften durch die Min. Vb. von 19. III. 1917 dahin ergänt, dass Lastkraftwagen ohne Bereifung nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 9 km per Stunde auf gepflasterten und 12 km auf ungepflasterten Fahrbahnen fahren dürfen. Nach § 2 der Automobilverordnung muss jedes Kraftfahrzeug soart gebaut sein, dass übermässiger Geräusch vermieden wird. § 27 der Fahr- und Ordnung für Wien besagt, dass durch die Fortbewegung der Lastkraftwagen und ihrer Anhänger keine unzulässige Bodenschütterung oder Lärmbelästigung hervorgerufen werden darf. Ferner besteht noch ein Hoffmandel-Dekret in Kraft, wonach die Fläche jedes Radreifens eben hergestellt sein muss und statet diese Verordnung auch eine Handhabe gegen die unzulässigen Gleitbahnenrichtungen, die einen fürchterlichen Lärm und eine arge Beschädigung der Strassen verursachen. Schliesslich wurde das Befahren einer grossen Zahl von Strassen durch Lastkraftwagen seitens des Magistrates verboten. Es fehlt also nicht an Verordnungen und handelt es sich nur um eingehende Uebersetzung ihrer Befolgung durch die Organe der zur Handhabung dieser Verordnungen allein kompetenten Polizeibehörde. Der Magistrat hat diese Punkte in der letzten Zeit wiederholt und eindringlich auf die betreffenden Uebelstände aufmerksam gemacht und um Erteilung entsprechender Weisungen an die Tacheu erreicht. Der Magistrat wird neuerlich das Uebereinstimmen mit der Polizeidirektion in dieser Angelegenheit pflegen und hierbei auch die Erweise einer zeitlichen Einschränkung des Lastkraftwagenverkehrs zur Sprache bringen.



Die Regelung der städtischen Angelegenheiten... Die Gemeinde Wien...  
 und Arbeit  
 Angelegenheiten der Gemeinde Wien sind vor einigen Tagen an die Gemeindevorwaltung wegen Erhöhung der Steuerzuschlägen für die aktiv Bediensteten und Pensionisten, sowie wegen eines Anschaffungsbeitrages herangetreten. Da es bei der bekannten finanziellen Lage der Gemeinde demnach ausschlüssen wäre, die Wünsche der Beamten, Lehrer und Angestellten zu erfüllen, hat sich am 26. Oktober eine Abordnung der Gemeinde unter Führung des Vize-Bürgermeisters Demarling, bestehend aus den Stadträten Breitner und Speiser an den Staatskanzler mit der Bitte auf an Anschluss zuwenden, welche Preisbewegung auf dem Lebensmittelmarkt vorzunehmen sind und welche Aussichten die Gemeinde bei der Zuteilung neuer ausgiebiger Steuerquellen hätte. Das Ergebnis dieser Vorgespräche lag heute in Stadtrat in einer Zuschrift des Staatssekretärs für Finanzen welche ~~an~~ <sup>an</sup> Herrn Reumann zur Kenntnis brachte, vor. In der Zuschrift heisst es: Der Herr Staatskanzler hat gegenüber einer Abordnung des Wiener Stadtrates, die am 25. ds. Mts. bei ihm vorgesprochen hat, ein einheitliches Vorgehen des Staatsrates für Finanzen des Landes Niederösterreich und der Gemeinde Wien in Fragen der Besoldung der Lehrer, Beamten und Angestellten als höchst wünschenswert bezeichnet und zu diesem Zwecke die Einsetzung einer aus Vertretern dieser 3 Stellen zu bildenden Kommission in Vorschlag gebracht, die aus 5 Vertretern des Staatsamtes, und aus je 2 Vertretern der Landesregierung und des Stadtrates zu bestehen hätte." Der Stadtrat delegierte nunmehr in diese Kommission auf Antrag des Bürgermeisters Reumann die Stadträte Hellmann und Speiser

OK. Breitner (Soz.-Dem.) legt nunmehr die Gesetzentwürfe betreffend die Einführung einer Abgabe von höheren Mietzinsen, die Bodenwertabgabe und erhöhte Gemeindeforderungen von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, etc. vor, über welche unter einem verhandelt wird. Der Referent führt dabei aus: Der Stadtrat unterbreitet Ihnen 3 Vorlagen, durch welche der Gemeinde Wien neue Einnahmen von rund 100 Millionen Kronen zufließen sollen. Im Voranschlage 1919/20 sind die gesamten Einnahmen aus allen Arten von Steuern mit 125 Millionen Kronen veranschlagt. Durch die Ueberlassung eines Teiles der Hauszinssteuer und des Ertragssteuers der Verbrauchsteuer wird sich das Ergebnis, wenn man auch die heutigen Vorlagen hierzu rechnet, mehr als verdoppeln. Das wäre in gewöhnlichen Zeiten etwas ganz ungehört gewesen und hätte der Gemeinde ganz gewaltige Möglichkeiten der Betätigung geboten und förmlich eine Ära des Aufschwunges eingeleitet. Wenn Sie bedenken, dass alle Wiener Schulbauten 95 Millionen Kronen gekostet haben, dass sämtliche Bäder nicht mehr als 3 Millionen erforderten, dass der gesamte Aufwand für Beamte und Lehrer im letzten Friedensjahre bloss 65 Millionen betrug, so können Sie ermessen, was man für solche 100 Millionen alljährlich Mehreinnahme hätte zu schaffen vermöge.

Wie liegen nun die Dinge gegenwärtig? Die 130 Millionen Kronen aus Steuern sind nicht mehr als ein Drittel des Defizites von 400 Millionen Kronen, das wir am 30. Juni feststellen mussten. Es wird also noch grosser gewaltigerer Sparmassnahmen eintreten, der weiteren Ausschöpfung der Steuerkraft andererseits bedürfen, um nur allmählich wieder ins Gleichgewicht zu kommen. Die gegenwärtige Verwaltung hat es nicht so bequem, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Noch im Voranschlage 1918/19 erschienen die städtischen Haushaltungen mit einer Abfuhr von 40 Millionen an die eigenen Gelder der Gemeinde. Davon kann jetzt und auf Jahre hinaus keine Rede sein. Die einfache Bäderparfarkhäuser, die wir als erste Massnahmen verfügen mussten, und von denen wir hofften, dass sie eine langsame Sanierung der Betriebe einleiten, sind heute schon durch die Tatsachen vollkommen überholt.

Das Elektrizitätswerk weist auf das Verwaltungsjahr gerechnet neuerlich ein Defizit von 82 Millionen aus. Beim Gaswerk stellt sich der Ab-

gang, wenn die Einführung der Heizpreise voll durchgeführt wird, auf über 60 Millionen. Die Strassenbahnen haben nicht bloss durch den 8-wöchigen Stillstand 14 Millionen verloren, sondern werden gegenwärtig an jeden Sonntag infolge Stilllegung des Eisenbahnverkehrs einen Abgang von 5000 000 K auf die unabweisliche Kosten der Strassenbahn und auf den Strassenbahnen mit etwa 30 Millionen jährlich ausmachen.

Wenn wir nun nach den Ursachen dieser Erscheinungen forschen, so können sie selbst bei der allerschärfsten Kritik nicht darin gefunden werden, dass vielleicht seit Juni ds. J. schlecht gewirtschaftet wurde. Der Grund liegt einzig und allein darin, dass wir noch vor 4 Monaten die österrische Krone mit 1.50 kalkulieren konnten, während wir bei unseren Zahlungen in der letzten Zeit für die österrische Krone 3 Kronen zu zahlen hatten, dass damals noch die Krone 15 Centimes galt, und heute nunmehr mit 5 Centimes bewertet wird.

Sie sehen, ~~was~~ <sup>was</sup> die Dinge sind, die ausserhalb des Machtbereiches der Gemeinde liegen. Wenn ~~sich~~ <sup>sich</sup> in Laufe von wenigen Monaten eine so ungeheuerliche Wertverminderung ergibt, wenn alle Besätze, die die Gemeinde machen muss, ~~das~~ <sup>das</sup> dreifache kosten, so ~~müssen~~ <sup>müssen</sup> die Gemeinde Wien ~~in~~ <sup>in</sup> mit allen Ernste darauf bestehen, dass ~~Ordnung~~ <sup>Ordnung</sup> gemacht wird ~~in~~ <sup>in</sup> den staatlichen Finanzen. Wenn der Entwurfsprozess nicht zum Stillstande kommt, ist alles vergebens. Die Gemeinde Wien ist ein Drittel des Staates Deutschösterreich und zwar das notleidende Drittel, ~~es~~ <sup>es</sup> gibt kein Deutschösterreichisches Problem, es gibt nur ein Wiener Problem. Darum müssen wir mit grösster Nachdruck die Forderung erheben, dass endlich einmal eine Diktie gezogen wird, die einen Stillstand in der fortwährenden Entwertung bedeutet, damit das ungesetzte Abwärtsgleiten endlich einmal aufhört. Es ist ja durchaus begreiflich, dass alle Angestellten sich in unausgesetzter Unruhe befinden. Und das trifft die Gemeinde an härtesten, da sie der ~~grössten~~ <sup>grössten</sup> Unternehmern ~~in~~ <sup>in</sup> diesem Staate ist. Kein Industrieunternehmen und kein Land beschäftigt eine so grosse Anzahl - es sind rund 56.000 Beamte, Lehrer und ~~Arbeiter~~ <sup>Arbeiter</sup> aller Kategorien - ~~wie~~ <sup>wie</sup> die Gemeinde Wien.

Wir haben im Mai gewaltige Aufwendungen gemacht und heute haben alle diese Schichten von Angestellten das Empfinden, dass es ihnen nicht besser geht, als vor der Regulierung. Heute ist im Stadtrat beschlossen worden, sich mit dem Staate ins Einvernehmen zu setzen, um von diesem zu erfahren, wie er sich die Sanierung des Haushaltes denkt, mit welcher Erhöhung der lebensnotwendigen Artikel für die nächste Zeit zu rechnen ist. Dann erst wird es möglich sein, festzustellen, was jedem Einzelnen unbedingt gewährt werden muss. Wir wollen in diesen Fragen einvernehmlich mit Staat und Land vorgehen, weil ja jede Aenderung bei einer Kategorie sofort die andere in Bewegung setzt, die erhöhten Ausgaben neue Tarifsteigerungen erhöhte Abgaben bedingt, und unausgesetzte Beunruhigung hervorrufen. Zu den Dingen, die in der allernächsten Zeit zu lösen sein werden, gehört auch die Aufgabe, die grossen Gemeindebetriebe wieder zu sanieren. Die kaufmännischen Unternehmungen müssen sich selbst erhalten können, was allerdings eine neue Preiswelle einleiten wird. Auch das wird Gegenstand der Besprechung mit der Regierung sein. Was in den heutigen Vorlagen verlangt wird, hängt mit dem Sanierungsprozess unserer ganzen Wirtschaft nur lose zusammen, sie bedeuten jenes bescheidenste Minimum an Mehreinnahmen, das wir unter allen Umständen, selbst bei der grössten Sparsamkeit künftig benötigen. Der Magistrat hat im Juni vorgeschlagen, alle Mietzinsen zu erhöhen und auf diese Art rund 100 Millionen Kronen herbeizubohlen. Wir haben aber gesagt, dass man diesen Weg nicht gehen könne, und haben nach anderen Mitteln gesucht, diese 100 Millionen Kronen zu beschaffen. Das Ergebnis sind die Vorlagen, die heute dem Gemeinderat unterbreitet werden.

Die erste Vorlage ist die Mietaufwandssteuer. Der Referent führt die bereits bekannten Bestimmungen zur Gesetzesvorlage aus. Die Steuer ist entsprechend dem Wunsche des Staatsamtes der Finanzen mit 31. Dezember 1920 begrenzt. Nach Ablauf des ersten Jahres wird es also möglich sein, gewisse Finanzierungen, wie Berücksichtigung der Geschäfte vorzunehmen. Referent weist darauf hin, dass die Ausarbeitung der Vorlage eine besonders schwere Aufgabe gewesen sei, nicht bloss weil seine Partei die Stelle der verwaltenden Partei inne hat, sondern weil sie auch die Aufgabe hatte, die Pflichten der Minderheitspartei, die es sich sehr bequem gemacht hat, zu erfüllen und strengste Kritik zu üben.

Der Referent legt dann das Gesetz betreffend die Einführung einer Abgabe vom gemeinen Bodenwerte vor und erklärt: Die weitgreifenden Ziele, welche diese Steuer in Deutschland und England erreicht hat, können wir heute nicht erstreben. Heute, wo sich die Herstellung einer Wpanung von Zimmer, Kabinett und Küche, wie wir selbst aus unseren eigenen Erfahrungen wissen, auf einen Jahreszins von 8000 K stellt, wird diese Steuer die Bautätigkeit nicht fördern können. Die Bodenwertabgabe wird also zunächst nichts anderes als etwas rein fikalisches sein, sie kann aber doch später reformatorischen Charakter gewinnen und eine Aenderung des ganzen Hauszinsensystemes einleiten. Bei der Budgetberatung haben wir uns noch einen Betrag von 23 Millionen Kronen als Ertragnis dieser Steuer erhofft; wir können jedoch nur auf 17 Millionen Kronen rechnen, was einem Werte des verbauten und unverbauten Grundes von 3400 Millionen Kronen entspricht. Ueber 1/2 % hinauszugehen, schien uns nicht zweckmässig und es hat Mühe gekostet, die Zustimmung des Finanzamtes selbst nur zu diesem Satz zu erlangen. Entscheidend ist, dass die Ueberwälzung auf die Mieter verboten ist und die Bodenwertabgabe keinen Grund zur Zinssteigerung bilden darf. Wenn auch die Hausbesitzer dank dem Mieterschutzgesetz keine Kriegsgewinner sind, so können sie doch diese bescheidene Last ohneweiters vertragen. Die gewiss wichtige Frage der Reparatur der Häuser muss gesondert gelöst werden.

Der Redner geht hierauf auf die Besprechung der Gemeindeforderung von gebrannten geistigen Getränken und des Gemeindeforderungen für Schaumweinsteuer über und betont, die Gemeinde tue damit das gleiche, was der Staat bereits getan habe. Es könne heute von jedem, der sich ein Viertel Wein knufft, verlangt werden, dass er mit 10 Heller bei einem Krügel Bier mit 5 Heller zu den Lasten der Gemeinde beiträgt. Die Schaumweinsteuer bedürfe doch keiner Begründung. Die Gesamteinnahmen aus dieser Abgabe sollen 25 Millionen Kronen betragen. Es ist meine Pflicht führt Referent aus, festzustellen, dass wir beim Staatsamt der Finanzen Verständnis für die schwere Finanzlage Wiens gefunden haben. Es streiten sich wohl jetzt Staat, Land und Gemeinden um jedes einzelne Steuerobjekt, doch ist es immerhin gelungen, zumal wir uns bei der Getränkesteuer grösste Reserve auferlegt und dem Staate noch breiten Spielraum für seine Steuerpläne gelassen haben, zu einem Einvernehmen zu gelangen. Wir mussten wohl in einer Reihe von Punkten Aenderungen zustimmen, insbesondere der Terminisierung der Vorlagen dürfen aber nun auf deren glatte Erledigung rechnen.

Redner bittet schliesslich den Gemeinderat um die Zustimmung zu den Vorlagen und schliesst: Es ist eine unausweichbare Pflicht, die Gemeindefinanzen nicht zusammenbrechen zu lassen. Der unangestastete Kredit der Gemeinde Wien ist eine der Hoffnungen auf die Wiederaufrichtung in diesem Staate. Wir sind zwar augenblicklich in einer grauenvollen Lage, wir haben einen Winter vor uns so furchtbar und entsetzlich, wie er noch niemals über eine Stadt der Welt verhängt gewesen ist, wir haben aber die Ueberzeugung, dass, wenn es uns gelingt, über diesen Winter hinwegzukommen, wir wieder in eine Zeit des Aufbaues kommen werden.

Jener Optimismus, mit welcher die Bevölkerung von Deutschösterreich von staatswegen in den letzten Monaten gefüttert worden ist, war in keiner Weise berechtigt; die Entwicklung hat gezeigt, dass es ganz unangebracht war, den Menschen die Zukunft leicht und rosig zu zeigen, aber ebensowenig ist blosses Klagen, hoffnungsloser Pessimismus am Platze. Wir sind durch eine harte Schule der Bescheidenheit gegangen und diese wird es uns auch ermöglichen, die schwierigen Zeiten des Ueberganges zu überwinden. Dazu aber ist es notwendig, dass wir aufrecht bleiben, dem Auslande zeigen, dass wir den ernststen und festen Willen haben, unsere Finanzen zu ordnen. Wir müssen zum Ausdruck bringen, dass die Stadt Wien alles aufbietet, ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern, ihren Angestellten und ihren so grossen sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Das volle finanzielle Gleichgewicht wird vielleicht erst nach einigen Jahren erreicht werden und erst dann ist die Bahn für neue, grosse Aufgaben frei: Die heutigen Vorlagen bedeuten den Anfang, sie sollen die Bedeckung eines Viertels des Defizites bringen. Wenn Sie nun, geehrte Frauen und Herren erforschen, wie diese 100 Millionen Kronen neue Steuern beschafft werden, so können Sie mit ruhigem Gewissen für die Vorlage stimmen. Denn durch alle Entwürfe geht ein sozialer Gedanke: Wir nehmen diese 100 Millionen Kronen von ganz anderen Schichten, als die früheren 100 Millionen Kronen von unseren Vorgesängern genommen worden sind. Zum erstemal sind es die breiten, besitzlosen Massen, die von der Steuer freibleiben, während die zahlungsfähigen Schichten kraftvoll zu ihrer Zahlungspflicht herangezogen werden. (Lebhafter Beifall bei der Rede.)

**VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.**

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) betont eingangs seiner Ausführungen, dass die Frage des Wiener Problems und um die handelt es sich in unseren Tagen ausserordentlich, von unseren staatlichen Organen nicht in der Weise vertreten und gewürdigt wurde, wie es der Fall hätte sein müssen und dass auch die Verwaltung der Stadt dies ruhig hingenommen habe. Schon aus diesem Grunde allein spreche er sich gegen die Vorlage aus. Es müsse endlich gesagt werden, dass Wien allein für den Staat, wie er jetzt geschaffen wurde, Opfer bringe, während alle anderen Teile eigentlich von diesem Staat nichts wissen wollen. Wien sei auch die Hauptsteuerquelle dieses Staates und da dürfe Wien wohl eine gewisse Autonomie für sich beanspruchen als es bisher der Fall war.

Er bezeichnet die vorgelegten Steuerprojekte als indirekte Steuern und gibt seiner Verwunderung Ausdruck, das die Majorität auf die indirekten Steuern zurückgekommen sei. Er bezeichnet es als ungerecht, wenn 80% der Bevölkerung von der Steuer nicht getroffen werden und meint, das man dabei ein korrekatives Moment nicht ausser Acht gelassen habe. Man hätte eine solche Ausnahme nicht machen dürfen. Diejenigen Bewohner, die in der Klasse von 1200 bis 2000 Kronen fallen, seien als Mittelstand zu bezeichnen und für die ist eine Erhöhung des Zinses bis zu 20% viel zu hoch. Hier beantragt Redner die Steigerung in den Beträgen von 2 bis 2000 Kronen auf 10% herabzusetzen und die anderen Klassen dementsprechend zu regulieren. Was die erdachte Steuer bei den hohen Mietzinsen anlangt, so meint Redner diese Steuer eine Luxussteuer, von der die Gemeinde, da ja Wien eine arme Stadt ist nicht viel haben wird, die aber eine Landflucht der reichen Leute, die sich der Steuer entziehen werden, zur Folge haben wird.

Der Redner weist noch darauf hin, dass es notwendig sein werde, für gewisse Bauten, die nurmehr mit beschränkten Gewinnen rechnen, wie z.B. Gesellschaften zur Erbauung von Arbeiterwohnhäusern und dergleichen eine Befreiung von der Abgabe eintreten müsse und stellt eine Reihe von formellen Anträgen. Zum Schlusse erklärt er, dass es heute nicht verwundern dürfe, dass die Leute verdrossen seien, wenn in einer Zeit, wo alles teurer werde, auch noch neue Steuern komme. Das Telefon werde immer schlechter, dafür kommen aber erhöhte Gebühren, der Strassenbahnverkehr werde von Tag zu Tag schlechter dafür werde aber die Tarife erhöht. Der Staatsbürger habe heute nichts anderes zu tun als zu tracken die Lasten für den Staat auf-

zubringen, während für die grosse Masse nichts geschehe. Um diese Steuern auszuweichen, gäbe es verschiedene Wege, es gehe aber nicht an, dass die jetzige Generation, welche den Krieg mitgemacht habe, auch die ganzen Lasten tragen solle. Redner weist darauf hin, dass die Gemeinde ein ausländisches Anlehen aufnehmen wolle und kommt auf seinen alten Vorschlag zurück die drei grossen Unternehmungen der Gemeinde Wien, die nach den bisherigen Berechnungen ein Defizit von 122 Millionen Kronen ergeben würden bei gleichzeitiger Aufnahme dieser Anleihe auf 35 bis 40 Jahre zu verpachten, wobei die Pachtsumme in ausländischer Valuta zu bezahlen wäre. Er schliesst dann: Ich glaube kaum, dass die Gemeinde diesen beiden Wege wird ausweichen können. Die Gemeinde hat jetzt die Aufsicht über die Ernährung aus ihren Händen geben müssen und ich weiss nicht, was besondern ist, die Abgabe der Ernährung oder die Verpachtung dieser Unternehmungen an eine ausländische Gruppe. Meine Haltung soll nicht etwa bedeuten, dass ich mich über die Verlegenheiten, in denen sich die Gemeinde heute befindet, freue. Wenn je, so ist jetzt ein vollkommener Bürgerfriede unbedingt notwendig, weil nur durch gemeinsame Arbeit die schwierigen Zeiten überwunden werden können.

GR. Jernak (Soz. Dem.) sagt, dass man sich die Steuervorlage betreffend den erhöhten Mietzins nicht schöner vorstellen könne, als sie vorliegt. Es wird immer an dem Grundsatz des progressiven Steueraufbaues festzuhalten sein. Diese Tendenz sollte die ganze Steuerpolitik überhaupt durchziehen. Es muss unbedingt daran festgehalten werden, dass die besitzlosen Klassen entlastet werden und dass die besitzenden Klassen zu immer höheren Leistungen für den Staat- und Staatshaushalt herangezogen werden. Das entspricht dem Grundsatz von Recht und Billigkeit. Die Vorlage zeigt das Bestreben gerecht zu werden, jenen Unrecht gegenüber, das aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung quillt, und die notwendigen Steuern dert zu suchen, wo sie gefunden werden können. Dieser Ansicht hätte man vielleicht mehr Rechnung tragen könne, wenn man sich das immer wachsende Missverhältnis zwischen dem Einkommen der Arbeiter und Angestellten und den Preisen der Lebensmittel und Bedarfsartikel vor Augen hält. Auch das Mieternachtragsgesetz könnte nicht verhindern, dass die Mietzinse doch eine Erhöhung um ungefähr 10% erfahren haben. Es wäre auch gut gewesen, wenn die Steuerfreiheit eine weitere Ausdehnung erfahren hätte, etwa bis 1200 K Mietzins, und wenn sie von da an gesteigert werden wäre, so dass sie bei Zinsen über 3000 K 7% ausgemacht hätte. Dadurch würden ungefähr 2 1/2 Millionen K heringebracht werden sein, und es würde dadurch, gerade jenen soziale Führer wiederfahren, die unter den heftigen Verhältnissen am meisten leiden. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Gemeinde bei der Lösung von Finanzprojekten auf das Wohl wollen des Landes angewiesen ist und dass heute der Gedanke unerträglich ist, das heute ein Gemeinwesen mit mehr als 2 Millionen Einwohner mit weniger Selbstständigkeit besitzen soll, als Länder mit 600.000 Einwohner. Es ist unerlässlich, dass wir die Sicherung der Steuerhoheit zu erlangen bestrebt sein müssen und die Gemeinde muss auch nach voller Selbstständigkeit streben. Denn für die Stadt Wien gelte die Parole hinaus aus dem Elend und hinauf zu der Höhe, die notwendig ist, für ein proletarisches, sozialistisches Wien.

GR. Dr. Ehrlich (Jüdischnational) weist darauf hin, dass der Referent anlässlich der Budgetdebatte dem vorliegenden Gesetzentwurf betreffend die Mietzinse als äusserste Reserve bezeichnet hat und dass man bald vor die ernste Frage gestellt sein werde, ob es möglich ist, die Wirtschaftsunternehmungen der Gemeinde weiterzuführen. Wenn von einer Verpachtung gesprochen wurde, so wird man vielleicht sogar noch weiter, zu schärferen Massregeln kommen müssen.

Der Redner pflichtet den Lesern der Vorlage zu und erklärt, es sei nur recht und billig, wenn man jetzt nach der Erhöhung der Strassenbahn-tarife, welche gerade die ärmere Bevölkerung getroffen habe, die grosse Masse von einer neuen Belastung ausschliesst. Das Grundprinzip des Steuerentwurfes sei jedenfalls ein gerechtes und deshalb werde seine Partei für die Vorlage stimmen.

GR. Sirobok (Tscheche) erklärt in den Vorreden seine sich Verständnis für die Bedürfnisse des armen Volkes, das mit Ausnahme der letzten Steuer zum grössten Teil von einer Belastung verschont geblieben sei. Seine Partei werde deshalb von diesem Gesichtspunkte aus den Vorlagen zustimmen.

GR. David (Soz. Dem.) beantragt Schluss der Debatte. Angenommen.

GR. Feldmann (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass diejenigen Mieter, die einen Zins von 200 bis 1200 K zahlen, meist kleinere Angestellte sind, darunter auch Lehrer sind, die kürzlich einen Steuerbeitrag von 1000 K bekommen haben, die aber jetzt von der neuen Steuer schwer getroffen werden. Er beantragt, diese 5% der Pensionierung bei dieser Klasse zu streichen. Der Bodenwertabgabe steht Redner sympathisch gegenüber, da diese Abgabe nicht leicht abzuschalten werden könne, wünscht aber einige Abänderungen der Vorlage.

Ueber Antrag des GR. Skaret (Soz. Dem.) wird die Wahl von Generalrädsraern angenommen.

Generalredner xx pro Dr. Pollak (Jüd. Nat.) ist mit den neuen Steuern einverstanden, will aber vor allen Experimenten, wie Verpachtung oder Verkauf der städtischen Unternehmungen warnen. Die Errichtung dieser Unternehmungen hat hunderte Millionen guten Gold man müsste kronen gekostet, also heute ebenso gute Franco verlangen, was ausgeschlossen ist, da sonst die Käufer viele Milliarden Kronen zahlen müßten. Aehnlich sei es mit der Verpachtung und die Folge wäre dann kolossale Tarifierhöhungen, womit wieder der Gemeinde nicht gedient ist. Die einzige Möglichkeit unseren armen Staat zu retten, ist der Export. Dieser bedingt aber billige Löhne und diese wieder billige Lebensmittel.

GR. Ertner (Deutschnational) Generalredner contra betont, daß er den Referenten nahelegen möchte, die Zinse von 9 bis 1200 Kronen von einer Abgabe völlig frei zu lassen, die Zinse von 12 bis 1500 Kronen nur mit einer 5%igen Abgabe zu belegen und den Ausfall bei den höheren Zinsen hereinzubringen, denn die Belastung der kleineren Wohnungen würde nur wieder Forderungen der Angestellten auslösen.

In seinem Schlussworte kommt der Referent auf die einzelnen in der Debatte gestellten Anregungen und Anträge zu sprechen. Er wendet sich besonders gegen die Aufnahme eines Anlehens und betont, daß die Beschaffung eines ausländischen Anlehens fast unmöglich sei in diesem Falle müssen eben schon geordnete Finanzen vorgefunden werden. Entschieden wendet sich Redner dagegen, daß der Gedanke Wurzel fassen könne, daß kein anderer Ausweg gefunden werden könne als sich der städtischen Beträge zu entäußern. Auch eine ausländische Fachgesellschaft müsse mit den Löhnen, mit den anderen teuren Materialien rechnen, ein ausländisches Unternehmen wird immer von seinen Betrieben einen Gewinn haben wollen. Redner betont, daß in allen Gesetzentwürfen ein soziales Empfinden zum Ausdruck komme, wenn auch darin manche Ungerechtigkeit enthalten

sei, wie es eben bei solchen Vorklagen von Steuern nicht zu umgehen sei. In den Vorlagen werde aber keine Hausvertrapolitik getrieben, sondern eine Mieterpolitik, es ist eben ein neuer Geist in das Rathhaus eingezogen.

Bei der Abstimmung werden alle Abänderungsanträge abgelehnt, die Referentenanträge unverändert angenommen. Einige Zusatzanträge werden genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

VB. Emmering: Ich halte es für meine Pflicht allen Rednern für die sachgemässe Behandlung dieser Fragen und dem Referenten für die Mühe und Arbeit, die er gehabt zu danken. (Lebhafter Beifall)

GR. Dr. Scheu (Soz. Dem.) legt sodann die ebenfalls bekannten Anträge auf Abänderung einiger Bestimmungen der Wertzuwachsabgabe vor, die sich auf eine andere Staffelung des Abgabesatzes namentlich auf eine Erhöhung der Abgabe auf 50 % bei einem über 200% igen Wertzuwachs beziehen.

Bei der vom Bgm. Reumann geleiteten Abstimmung über dieses Referat werden die Referentenanträge ohne Debatte genehmigt.

Nach Annahme einiger kleinerer Referate ist die Tagesordnung erschöpft und wird die Sitzung geschlossen.

-----